

Antrag

Hannover, den 15.03.2022

Fraktion der FDP

Ankunft, Integration und Bildung - Niedersachsen muss geflüchteten Kindern und Jugendlichen eine Zukunft bieten

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Seit dem 24. Februar 2022 führt die Russische Föderation auf Anordnung von Präsident Putin einen Angriffskrieg auf das gesamte Staatsgebiet der Ukraine. Diese Aggression ist ein Tabubruch, der die internationale Friedens- und Rechtsordnung infrage stellt, und sie ist ein Angriff auf unsere Werte der Freiheit, der Demokratie und der Selbstbestimmung.

Opfer des Angriffskriegs sind in erster Linie die Menschen in und aus der Ukraine. Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR zufolge befinden sich mehr als 2 Millionen Menschen auf der Flucht, bis zu 4 Millionen Menschen könnte durch diesen Krieg zu Flüchtlingen werden. Umfangreiche Hilfsmaßnahmen sind angelaufen, täglich erreichen mehrere tausend Geflüchtete die Bundesrepublik Deutschland und Niedersachsen. Mit der Aktivierung der sogenannten Massenzustrom-Richtlinie der EU erhalten die Geflüchteten zunächst für ein Jahr ein Aufenthaltsrecht. Zurzeit ist für niemanden absehbar, wann und ob für die Geflüchteten eine Rückkehr in ihre Heimat möglich sein wird. Niedersachsen muss sich daher darauf vorbereiten, die vor dem Krieg geflüchteten Menschen für einen längeren Zeitraum aufzunehmen, ihre Not so gut es geht zu lindern und ihnen Perspektiven und Chancen zu bieten.

Unter den vom Krieg vertriebenen Menschen sind zahlreiche Kinder und Jugendliche. Diese haben nicht nur ein Recht und einen Anspruch auf eine adäquate Unterbringung, Betreuung und Versorgung, sondern auch einen Anspruch auf Bildung. Das Bildungssystem wird für viele geflüchtete Kinder und Jugendliche die erste Begegnung mit der deutschen Bürokratie sein. Hier müssen von vorneherein Hürden beseitigt und Kommunikationsprobleme vermieden werden. Die Landesregierung muss den Schulen und Kindertagesstätten daher schnell alle notwendigen Formulare und Informationen in ukrainischer Sprache zur Verfügung stellen und zentrale, wo möglich auch digitale Tests auf ukrainisch entwickeln, damit der Bildungsstand der schulpflichtigen Kinder festgestellt werden kann.

Besonders Kinder und Jugendliche erleben neben einer möglichen Traumatisierung durch Angst, Flucht und Gewalt mit der Unterbrechung ihrer Bildungsbiografie eine Zäsur, die im Leben so gut wie nicht kompensiert werden kann. Darum ist schnelles Handeln wichtig, um die Bildungsbrüche nicht zum Bildungsabbruch werden zu lassen. Damit die unter sechsjährigen Kinder schnell Sicherheit im Alltag finden, integriert werden können und um massive Bildungsbrüche auch in der frühkindlichen Bildung zu vermeiden, muss kurzfristig eine Unterbringung in Kindertagesstätten vom Land forciert und gefördert werden. Andernfalls wird der aktuelle Platzmangel in der frühkindlichen Bildung dafür sorgen, dass die Kinder vielerorts keinen Zugang zu den Kindertagesstätten erhalten. Dies ist unbedingt zu vermeiden, denn je schneller und früher die geflüchteten Kinder in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung aufgenommen und gefördert werden können, umso größer ist ihre individuelle Chance auf Integration und umso leichter wird es für sie, die deutsche Sprache zu erlernen.

Für Kinder, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, gilt ab dem Zeitpunkt des gewöhnlichen Aufenthalts in Niedersachsen die Schulpflicht, und die nächstgelegenen Schulen sind zur Aufnahme verpflichtet. Die Schulen hierauf vorzubereiten und entsprechend auszustatten, kann nicht alleine Aufgabe der Schulträger und Kollegien vor Ort sein. Das Land ist in der Pflicht, die Schulen personell, inhaltlich, strukturell und finanziell auf die Beschulung vorzubereiten. Eine umfassende Information über den Aufbau und die Bildungsstandards des ukrainischen Schulwesens muss kurz-

fristig für die Schulen abrufbar sein. Es bedarf für die Schulsozialarbeiter und Lehrkräfte kurzfristiger Online-Schulungen, wie Traumata erkannt werden können und wie damit adäquat in der Schule umgegangen werden kann. Es müssen zusätzliche Kapazitäten für Sprachlernklassen eingerichtet und dafür kurzfristig zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Um den Spracherwerb zu fördern, sollte das Land intensiv bei Lehramtsstudierenden und Studierenden mit ukrainischen Sprachkenntnissen sowie Ukrainern mit ausreichenden Deutschkenntnissen um Unterstützung bitten, in diesen zusätzlichen Sprachlernklassen zu unterstützen. Hierzu müssen Vergütung und Anerkennung gut und klar geregelt werden und hochwertige Lehr- und Lernmaterialien zentral und schnell zur Verfügung gestellt werden.

Auch geflüchtete Kinder und Jugendliche sind berechtigt, mit digitalen Endgeräten aus Mitteln des Digitalpakts ausgestattet zu werden, und sollten über die Bildungscloud altersgerechte Sprachlernapps zur Verfügung gestellt bekommen.

Die berufsbildenden Schulen benötigen Ressourcen und Mittel, um jungen Ukrainerinnen und Ukrainer die Chance zu eröffnen, eine bereits begonnene Berufsausbildung in Deutschland fortsetzen zu können bzw. die Möglichkeit zu schaffen, mit einer Berufsausbildung zu beginnen. Hierfür müssen kurzfristig mit den Kammern Fragen wie die Anrechnung der bisherigen Ausbildung ebenso geklärt werden wie Fragen der Notwendigkeit von Deutschkenntnissen für den Erwerb von Abschlüssen. Ebenso wichtig wird aber auch die Vermittlung von Deutschkenntnissen über die berufsbildenden Schulen für diese jungen Menschen sein.

In Niedersachsen leben viele Menschen mit russischen Wurzeln. Diese Menschen sind Teil unserer Gesellschaft und in keiner Weise verantwortlich für den Angriffskrieg Putins. Auf allen Ebenen muss dafür sensibilisiert und allen Versuchen, die niedersächsische Gesellschaft zu spalten, energisch entgegengetreten werden. Hier benötigen gerade Schulen Angebote. Mit Online-Schulungen für an Schule tätige Personen und Materialien zur inhaltlichen Aufarbeitung der historischen und aktuellen Entwicklung sollen Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter in die Lage versetzt werden, auf ebendiese Konflikte zu reagieren.

Unter den Geflüchteten befinden sich auch Erzieherinnen und Lehrkräfte, die dabei helfen können, die Bildungslücke der Kinder und Jugendlichen nicht zu groß werden zu lassen. Sie sollten kurzfristig, ohne lange Anerkennungsprüfung durch das Regionale Landesamt für Schule und Bildung, eingestellt und eingesetzt werden und speziell für sie erarbeitete Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten, um langfristig als vollwertige Fachkraft oder Lehrkraft in das Bildungssystem aufgenommen zu werden. Als sprachlich-kulturelle Integrationskräfte sind sie nicht nur Ansprechpartner für die Kinder und Jugendlichen, sondern können auch zur Identifikationsfigur werden und bei der Integration aktiv unterstützen.

Da die Ukraine Teil des Bologna-Raumes ist, soll den geflüchteten Studierenden an den niedersächsischen Hochschulen unbürokratisch ermöglicht werden, ihr Studium fortzuführen. Hierzu sind die entsprechenden Beratungsangebote auszubauen und die Anerkennungsverfahren für Vorleistungen zu beschleunigen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. den Ausbildungsstand der Geflüchteten zentral zu erfassen,
2. Schulen und Kindertagesstätten Formulare und Informationen in ukrainischer Sprache zur Verfügung zu stellen,
3. zentrale, wo möglich auch digitale Tests auf ukrainisch zu entwickeln, damit der Bildungsstand der schulpflichtigen Kinder festgestellt werden kann,
4. Online-Sprachkurse auf einer eigenen Plattform anzubieten,
5. auf einer online Plattform zentral Hilfsangebote, Weiterbildungsangebote, Berufsangebote und Informationen über Kinder und Schulbildung in Niedersachsen in ukrainischer Sprache zur Verfügung zu stellen,
6. landesweit Sprachkurse anzubieten,
7. spezielle Sprachkurse für Lernende und die Fachkräfte im Bereich Bildung bereit zu halten,

8. unter sechsjährigen Kindern, sobald sie einer Kommune zugewiesen worden oder anderweitig ein Wohnort für sie gewählt wurde, einen Platz in einer Kindertagesstätte anzubieten,
9. zum 01.04.2022 die Gruppengrenze in den Kindertagesstätten um bis zu zwei geflüchtete Kinder zu erhöhen,
10. zur Fachkräftegewinnung in der frühkindlichen Bildung das Hamburger Modell der Positivliste zum Vorbild zu nehmen und weitere Optionen zu prüfen,
11. Online-Schulungen für an Schule tätige Personen zu psychologischen Auswirkungen von u. a. Krieg, Flucht, Gewalt und Angst, vorzuhalten,
12. Online-Schulungen und Materialien für an Schule tätige Personen zur Konfliktbewältigung und Aufarbeitung vorzuhalten,
13. für die Schulen umfassende Information über den Aufbau und die Bildungsstandards des ukrainischen Bildungssystems zur Verfügung zu stellen,
14. ein System der gleichmäßigen Verteilung der geflüchteten Schülerinnen und Schüler auf die Schulen zu etablieren,
15. zusätzliche materielle, personell und finanzielle Ressourcen für Sprachlernklassen zur Verfügung zu stellen,
16. eine Werbekampagne für die personelle Ausstattung der Sprachlernklassen anzustoßen,
17. über die Bildungscloud Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache für alle Altersgruppen zur Verfügung zu stellen,
18. über die Bildungscloud digitale Lernangebote aus der ukrainischen Schulbildung anzubieten und diese mit dem niedersächsischen Curriculum zu synchronisieren,
19. mit den Kammern und berufsbildenden Schulen kurzfristig eine Strategie zur Integration der Geflüchteten in Ausbildungsverhältnisse zu schaffen,
20. die Rahmenbedingung zu schaffen, geflüchtete Erzieherinnen und Lehrkräfte kurzfristig als sprachlich-kulturelle Integrationskräfte in den Bildungseinrichtungen einzusetzen,
21. geflüchteten Erzieherinnen und Lehrkräften mittelfristig Weiterbildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen zu eröffnen, die sie als vollwertige Fachkraft im Bildungssystem integrieren,
22. mit den Hochschulen eine Vorgehensweise abzustimmen, wie Studierende aus der Ukraine, gleich welcher Nationalität, in Niedersachsen ihr Studium fortführen und beenden können, und dazu den Hochschulen die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Der Krieg in der Ukraine zwingt Frauen und Kinder zur Flucht. Die gezielte Aggression auch gegen die Zivilbevölkerung führt dazu, dass die Menschen aus der Ukraine für Generationen durch die Erfahrung von Flucht, Krieg, Angst und Gewalt geprägt werden. Besonders Kinder und Jugendliche brauchen, wenn sie einen Ort erreicht haben, an dem sie leben können, Sicherheit und eine Perspektive. Um nicht eine Generation der Chancenlosigkeit entstehen zu lassen und um die Schulen, Kindertagesstätten, Ausbildungsbetriebe und Hochschulen nicht allein zu lassen, muss die Landesregierung jetzt konkrete Maßnahmen ergreifen. Das Land ist gefordert, schnell zu reagieren, um den ankommenden Menschen Ankunft, Integration und Bildung als Grundlage für ihre weitere Lebensgestaltung zu ermöglichen.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer